

Die DVP im August 2017/Inhaltsverzeichnis

Abhandlungen

Lars Heilsberger/Martin Mauve/Katrin Möltgen-Sicking

Online-Partizipation auf kommunaler Ebene in Nordrhein-Westfalen. 311

Das NRW-Fortschrittskolleg Online-Partizipation ist eine inter- und transdisziplinäre Graduiertenschule an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf und der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung Nordrhein-Westfalen. Es wird im Rahmen der Forschungsstrategie „Fortschritt NRW“ des Landes Nordrhein-Westfalen in einer ersten Phase von 2014 bis 2018 gefördert. Ein besonderes Merkmal des Fortschrittskollegs besteht in seiner dezidiert inter- und transdisziplinären Ausrichtung.

Es untersucht, wie und unter welchen Bedingungen das Potential von Online-Partizipationsverfahren auf kommunaler Ebene systematisch entwickelt, praktisch genutzt und wissenschaftlich evaluiert werden kann.

Ausgangspunkt ist die Frage, wie es gelingen kann, erstens das (bestehende) politische Interesse und die Partizipationsbereitschaft der Bürgerinnen und Bürger zu erhalten und zu fördern, zweitens die gesellschaftlichen Milieus bzw. Gruppen zur Mitwirkung zu aktivieren, die sich bisher wenig beteiligt haben und drittens, welche Zugangswege und Beteiligungsformate sich dafür eignen?

Michael Jesser/Annette Merz

Möglichkeiten der Umsetzung eines Leitungsbeamten . . . 316

Stellt sich erst nach der Wahl eines Leitungsbeamten heraus, dass dieser den Anforderungen der übertragenen Aufgaben nicht gewachsen ist, so könnte eine Übertragung anderer Aufgaben einen Ausweg aus der Fehlbesetzung bieten.

Der Beitrag befasst sich mit dem Begriff der Umsetzung und prüft die Möglichkeiten und Voraussetzungen dieser Maßnahme auf der Grundlage des Beamtenrechts.

Bernd Bak

Schlüsselkompetenzen für eine erfolgreiche Ausbildung in der Kommunalverwaltung – was sich Nachwuchskräfte wirklich von ihren Ausbilder/innen wünschen 318

Im September 2016 hat das Studieninstitut für kommunale Verwaltung Emscher-Lippe sein erstes „Forum Ausbildung“ durchgeführt. 180 Ausbilder/innen und Ausbildungsleiter/innen bekamen in sechs 45-minütigen Impulsvorträgen wertvolle Hinweise für die tägliche Arbeit mit den Nachwuchskräften.

Grundlage dieses Beitrags ist eine Befragung aller 2016 am Studieninstitut unterrichteten Lehrgänge nach den Schlüsselkompetenzen, die ihrer Meinung nach Ausbilder aufweisen sollten. In einer zweiten Phase wurden alle Befragten danach gefragt, wie wichtig Ihnen die genannten Eigenschaften erscheinen, und wie gut diese Eigenschaften in der Praxis vor Ort umgesetzt werden.

Felix Koehl

Das Vorverfahren nach der VwGO – Teil 1 323

Der achte Abschnitt der VwGO enthält die besonderen Vorschriften für Anfechtungs- und Verpflichtungsklagen. Das Widerspruchsverfahren ist in den §§ 68–73 VwGO geregelt. Zwecke des Vorverfahrens sind die Selbstkontrolle der Verwaltung, die Entlastung der Gerichte und der effektive Rechtsschutz der Rechtsunterworfenen.

Im ersten Teil des Beitrages wird nach einer allgemeinen Einführung zunächst der Anwendungsbereich der §§ 68 ff. VwGO näher erläutert. Außerdem geht der Autor auf das Vorverfahren als Sachurteilsvoraussetzung, einen möglichen Anspruch auf Erlass eines Widerspruchsbescheides, die sog. Verböserung/reformatio in peius sowie die zuständige Widerspruchsbehörde ein.

Holger Weidemann

Basistext: Das Anhörungsgebot nach § 28 VwVfG. 327

Die Anhörung hat im Verwaltungsverfahren regelmäßig eine doppelte Funktion. Einerseits dient die Einlassung der Beteiligten auch der Aufklärung der tatsächlichen Grundlagen einer Entscheidung. Andererseits kann so auch der Anspruch auf rechtliches Gehör realisiert werden.

Zwei Prüfungskreise sind beim Thema: „Anhörungsgebot“ zu betrachten:

- Wann ist die Verwaltung verpflichtet, ein Anhörungsverfahren durchzuführen?
- Welche Anforderungen sind zu beachten, damit das Anhörungsverfahren ordnungsgemäß durchgeführt wird?

Ausgehend von Beispielfällen erläutert der Beitrag die Grundlagen und die praktische Anwendung der einschlägigen Normen.

Fallbearbeitungen

Ralf Schmorleiz

Immer Ärger mit Ratsmitglied Maus. 329

Gegenstand dieser Fallbearbeitung aus dem Kommunalrecht sind u.a. Fragen zum Initiativrecht des Gemeinderats, zur Ergänzung der Tagesordnung einer Ratssitzung, zur Wahl von Beigeordneten, zu den notwendigen Mehrheiten sowie zur Befangenheit des Bürgermeisters.

Matthias Wiener

Haushaltskonsolidierung? Nein, Danke! 333

In dieser Klausur geht es um Fragen des Gemeindehaushaltsrechts, insbesondere um ein Haushaltskonsolidierungskonzept und mögliche Abweichungen von dessen Zielen.

Holger Weidemann/Helmut Globisch

Der unzuverlässige Mitarbeiter 335

In dieser Fallbearbeitung aus dem Gaststättenrecht geht es um die Frage, ob der Gastwirtin die Beschäftigung von Angestellten in der Gaststätte wegen deren Unzuverlässigkeit untersagt werden kann.

Rechtsprechung

Ermittlungsmaßnahmen gegen behördlichen Presseinformanten (BVerfG, Beschluss vom 13.07.2015 – 1 BvR 1089/13, 1 BvR 1090/13) . . . 340

Rückforderung von Anwärterbezügen (OVG Lüneburg, Beschluss vom 01.09.2014 – 5 LA 240/13) 341

Auswahlentscheidung und Härtefall im Spielhallenrecht (VG Oldenburg, Beschluss vom 16.05.2017 – 7 A 14/17) 343

Persönlichkeitsrechtsverletzung durch ergänzende Suchbegriffe bei Google (BGH, Beschluss vom 14.05.2013 – VI ZR 269/12) 346

Auskunftsersuchen gegenüber Dritten ohne vorherige Sachverhaltsaufklärung beim Steuerpflichtigen nur eingeschränkt zulässig (BFH, Beschluss vom 29.07.2015 – X R 4/14) 349

Schrifttum

351

Die Schriftleitung